

KONFERENZ DER GEMEINDEPRÄSIDENTEN/INNEN VON FERIENORTEN IM BERGGEBIET

c/o Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Seilerstrasse 4, 3001 Bern, Tel. 031 382 10 10, Fax 031 382 10 16, info@sab.ch

Medienmitteilung

Champéry und Bern, 17. August 2020

Tourismusemgemeinden lehnen Begrenzungsinitiative ab

Die Konferenz der Gemeindepräsidenten/innen von Ferienorten im Berggebiet lehnt die Begrenzungsinitiative ab. Die mit der Initiative verbundene Kündigung der Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union schadet dem Tourismus massiv. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Tourismusemgemeinden empfehlen deshalb am 27. September 2020 ein klares Nein zu dieser wirtschaftsfeindlichen Initiative.

Am 27. September 2020 wird das Schweizer Stimmvolk über die Begrenzungsinitiative der SVP befinden. Die Konferenz der Gemeindepräsidenten/innen von Ferienorten im Berggebiet lehnt diese Initiative entschieden ab. Die Initiative schadet dem für viele Gemeinden im Berggebiet eminent wichtigen Tourismus.

Tourismus ist auf offene Märkte angewiesen

Der Tourismus im Alpenraum steht vor gewaltigen Herausforderungen. Der Tourismus ist für viele Gemeinden im Berggebiet die Leitbranche schlichthin. Dabei spielen ausländische Gäste eine zentrale Rolle. Ausländische Gäste machen 55% der Logiernächte in der Hotellerie aus. Sie generieren jährliche Einnahmen von rund 17 Mrd. Fr. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit der Bilateralen I mindert die Attraktivität der Schweiz als Tourismusland. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit stellt auch die Bestimmungen von Schengen/Dublin in Frage. Damit droht die Wiedereinführung von verschärften Grenzkontrollen. Der Schweizer Tourismus hat in den vergangenen Jahren alles daran gesetzt, die Einreiseformalitäten für ausländische Touristen so einfach wie möglich zu gestalten und Hürden möglichst abzubauen. Diese Bestrebungen würden bei einer Annahme der Initiative zu Nichte gemacht.

Massive Auswirkungen auf den touristischen Arbeitsmarkt

Eine Annahme der Initiative hätte massive Auswirkungen auf den touristischen Arbeitsmarkt. So stammen z.B. im Gastgewerbe fast 45% der Angestellten aus dem Ausland. Ohne diese Fachkräfte könnten zahlreiche Restaurants und Hotels nicht mehr rentabel betrieben werden. Die entsprechenden Fachkräfte sind im Inland leider nicht verfügbar. Eine Rückkehr zum früheren Kontingentsystem ist kaum mehr vorstellbar und würde zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand führen. Die Schweiz muss im hart umkämpften internationalen Wettbewerb mithalten können. Die Begrenzungsinitiative mit dem für die Umsetzung nötigen bürokratischen Aufwand würde diese Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern und muss deshalb entschieden abgelehnt werden.

Die Konferenz der Gemeindepräsidenten/innen von Ferienorten im Berggebiet umfasst aktuell 45 Tourismusemgemeinden im Berggebiet. Präsiert wird die Konferenz von Luc Fellay, Gemeindepräsident von Champéry. <https://bit.ly/39LceW1>

Für Rückfragen:

- Luc Fellay, Präsident der Konferenz und Gemeindepräsident von Champéry. Tel. 079 240 60 26
- Thomas Egger, Direktor SAB und Sekretär der Konferenz. Tel. 031 382 10 10